

Protokollauszug aus der Sitzung der Ratsversammlung vom 01.03.2021

öffentlich

TOP 8.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu VO/2021/033 "Beschluss einer Erklärung zum Konsens demokratischer Parteien in der Schleswiger Ratsversammlung gegen "Rechts" (Antrag vom 28.02.2021)
VO/2021/044 abgelehnt

Beschluss

Es wird folgende Erklärung beschlossen:

Seit 1949 erfüllen die demokratischen Parteien den Auftrag unseres Grundgesetzes. Zum Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland gehört es als Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik, dem verbrecherischen NS-Regime und der sozialistisch/kommunistischen Diktatur der DDR, dass Demokraten keine gemeinsame Sache mit den Feinden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung machen dürfen. Neuerdings kommt die Bedrohung durch den fundamentalistischen, islamistischen Terrorismus dazu.

Unsere heutige Demokratie wird sowohl in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen als auch auf der Straße von Populisten und gewalttätigen Verbrechern herausgefordert.

Der rechte Terror des NSU, der Mord an Walter Lübke und die Bedrohung von kommunal Politikern, ehrenamtlich Tätigen und Abgeordneten, sowie grausame Attentate wie jüngst in Halle und Hanau auf von rechtsextremer Seite, aber auch Angriffe von Linksextremisten auf Staat und Polizei wie regelmäßig in Berlin oder zum G 20 Gipfel in Hamburg verleihen dieser Bedrohung Ausdruck. Dazu kommt die aktuelle Bedrohungslage durch verblendete islamistische Fundamentalisten die unsere Lebensweise, unseren Staat und unsere Demokratie ablehnen.

Nach den schrecklichen Verbrechen des Holocaust gilt gerade dem Antisemitismus besonderes Augenmerk: dieser findet nicht nur von rechts statt, sondern gleichsam auch von islamistischen Fundamentalisten und hat in unserem Gemeinwesen nichts zu suchen. Hier gilt mehr als anderswo „Wehret den Anfängen!“

Wir sind fest entschlossen unsere freiheitliche und offene Gesellschaft mit allen Mitteln des Rechtsstaates und der Demokratie zu verteidigen. Wir wissen, dass wir dabei auf eine sehr große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und eine aktive Zivilgesellschaft setzen können.

Die Schleswiger Ratsversammlung setzt sich dafür ein, vorhandene Strukturen und Organisation, welche sich für den Erhalt unserer Demokratie einsetzen, zu unterstützen. Um die Entwicklung extremistischer Strukturen im Blick zu behalten, soll hier zu regelmäßig im Polizeibeirat berichtet werden.

Die demokratischen Parteien suchen außerdem ausdrücklich den Dialog mit den Bürgerinnen

und Bürgern und stehen auch für kritische und kontroverse Gespräche zur Verfügung.

Für die CDU-Fraktion
Helge Lehmkuhl

Namentliche Abstimmung

Nr.	Bezeichnung	Name	JA	NEIN	Enth.
1.	Ratsherr	Bellinghausen		X	
2.	Ratsherr	Bergemann		X	
3.	Ratsherr	Clausen		X	
4.	Ratsherr	Dahl		X	
5.	Ratsherr	Haeger		X	
6.	Ratsherr	Harder		X	
7.	Ratsherr	Hinrichsen	X		
8.	Ratsherr	Hoppe	X		
9.	Ratsherr	Jöhnk		X	
10.	Ratsherr	Kähler		X	
11.	Ratsfrau	Karstens		X	
12.	Ratsfrau	Korban		X	
13.	Ratsherr	Lehmkuhl	X		
14.	Ratsherr	Ley	X		
15.	Ratsherr	Lorenzen		X	
16.	Ratsfrau	Nielsen		X	
17.	Ratsherr	Ockert		X	
18.	Ratsherr	Pahlenkemper		X	
19.	Ratsfrau	Philipsen		X	
20.	Ratsherr	Ramm		X	
21.	Bürgervorsteherin	Roß	X		
22.	Ratsherr	Schröder		X	
23.	Ratsfrau	Tams		X	
24.	Ratsfrau	Dr. Tewes		X	
25.	Ratsherr	Dr. Thaysen		X	
26.	Ratsherr	Waldmann	X		
27.	Ratsherr	Dr. Wenzel			X
			6	20	1

Der Auszug entspricht dem Originalprotokoll.